



o. line. Unterscheidung

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Bonn, den 24. Juli 1981

EA
2.8.81

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

den Berichten von Staatssekretär Bölling über seine
Gespräche mit Ihnen, aber auch mit anderen Mitgliedern
der Staats- und Parteiführung der Deutschen Demokratischen
Republik entnehme ich, daß auch Sie es als wichtig an-
sehen, unser Treffen nachzuholen, sobald die politische
Gesamtlage dies erlaubt. Das Gespräch über den Gesamt-
komplex der Beziehungen zwischen unseren Staaten und
über aktuelle internationale Fragen sollte zu einem für
beide Seiten geeigneten Zeitpunkt geführt werden. Wir
stellen für dieses Gespräch keine Vorbedingungen.

An den
Generalsekretär der Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands und
Vorsitzenden des Staatsrates der
Deutschen Demokratischen Republik
Herrn Erich Honecker

B e r l i n



- 2 -

Sie wissen, daß der Reiseverkehr in die Deutsche Demokratische Republik seit der im Oktober 1980 verfügten Änderung der Bestimmungen über den Mindestumtausch drastisch zurückgegangen ist und viele menschliche Härten mit sich gebracht hat. Deshalb betone ich erneut, daß wir uns mit diesem Eingriff in die Substanz dessen, was in der bisherigen Zusammenarbeit der beiden Staaten für die Begegnungen der Menschen erreicht worden ist, nicht abfinden können.

Ich halte es für wichtig, daß die Bemühungen beider Seiten, zur Entwicklung normaler gutnachbarlicher Beziehungen beizutragen, auch jetzt fortgesetzt werden. Wir sollten in der vor uns liegenden Zeit bis zu einem Treffen alles daran setzen, das Erreichte zu sichern und darüber hinaus das in dieser Phase Machbare zu tun. Sie haben sich im Gespräch mit Staatssekretär Bölling unlängst im gleichen Sinn geäußert.

Wir sind uns beide darin einig, daß aus der geographischen Lage der beiden deutschen Staaten und aus ihrer geschichtlichen Situation in besonderem Maße die Pflicht zum Frieden folgt. Wir wissen, daß die beiden deutschen Staaten fest zu ihren beiden Bündnissystemen gehören und daß zwischen beiden Bündnissystemen ein ungefähres Gleichgewicht nötig ist, um den Frieden zu wahren. Wir wissen aber auch, daß das militärische Gleichgewicht ohne den beiderseitigen Willen zum Ausgleich und zum Kompromiß nicht ausreicht, um den Frieden zu sichern.

Sie wissen, sehr geehrter Herr Generalsekretär, mit welchem Nachdruck ich mich für die Wiederherstellung des notwendigen Gleichgewichts auf einem möglichst niedrigen Niveau und deshalb auch für den baldigen Beginn von substantiellen Rüstungskontrollverhandlungen über Mittelstreckenwaffen einsetze. Sie kennen das Engagement der Bundesregierung für Rüstungskontrolle und Abrüstung als integralem Bestandteil ihrer Friedenspolitik. Der Meinungs- austausch unserer Experten über diese bedeutsame Thematik zeigt, daß selbst bei schwieriger Großwetterlage ein Beitrag zur dringend notwendigen Versachlichung der Diskussion und größeren Berechenbarkeit der Politik geleistet werden kann. Unsere Politik des

Herzstück in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
...Vergabe dieser Aufnahme nicht gestattet. Reproduktionen nur mit schriftlicher Genehmigung der Stiftung.



- 3 -

Gleichgewichts dient ebenso wie unser Bemühen um Zusammen-
arbeit und um die stetige Intensivierung der Beziehungen
zwischen den Menschen der Sicherung des Friedens in Europa.
Verzerrende Polemik bewirkt das Gegenteil.

Vertrauensbildung zwischen Ost und West ist ein unabdingbares
Erfordernis der Friedenssicherung. Vertrauensbildung ist aber
nur möglich, wenn der Grundsatz strikt beachtet wird, daß jeder
Staat über seine internen Angelegenheiten selbst bestimmt. Wir
sind uns sicher einig in der Hoffnung, daß keine Ereignisse ein-
treten, die mit diesem Grundsatz nicht zu vereinbaren wären und
unsere Bemühungen um Stabilisierung der Beziehungen zwischen
West und Ost zunichte machen würden.

Ein wesentliches Element der Friedenswahrung ist es, dazu bei-
zutragen, daß Stabilität und Blockfreiheit in den Staaten der
dritten Welt gesichert und Konfliktsituationen friedlich, auf
politischem Wege gelöst werden. Dazu gehört, so scheint mir,
auch, daß alle Staaten anerkennen, daß sie eine gleiche Ver-
antwortung gegenüber den großen Weltproblemen tragen, im be-
sonderen im Kampf gegen Hunger, Armut und Unterentwicklung,
und daß sie hier angemessene Beiträge leisten sollten. Ich
würde mich freuen feststellen zu können, daß auch hierin Über-
einstimmung zwischen uns besteht.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Ihr ergebener

Helmut Schmidt